

Damit die Einnahmequellen sprudeln, fordert die Bürgerliste den Verkauf von Museum und Schloss Morsbroich. (Das Bild zeigt den Schloss-Brunnen "Water Island" von Jeppe Hein).

## Lohn für Schulsozialarbeiter über höhere Grundsteuer

Die Politik steckt im Dilemma: Sie will mehr Schulsozialarbeiter haben. Dies soll aber über höhere Steuer finanziert werden. Das stößt auf Kritik.

VON GUNDHILD TILLMANNS

LEVERKUSEN Strikt gegen die geplante Erhöhung der städtischen Grundsteuer B spricht sich der Geschäftsführer von Haus & Grund, Volker Winands, aus. Er befürchtet einen deutlichen Standortnachteil für Leverkusen: "Davon werden nicht nur die Eigentümer belastet, sondern auch die Mieter, an die die Mehrkosten weitergereicht werden", befürchtet Winands.

Die Stadt will die Grundsteuer B von 590 auf 600 Prozentpunkte erhöhen, um mit den Mehreinnahmen von etwa 650 000 Euro die Schulsozialarbeit aufzustocken und zu finanzieren. Für den Eigner einer Doppelhaushälfte mache dies nur 18 Euro mehr im Jahr aus, sagte gestern Finanzdezernent Frank Stein: "Mir wäre das die Sache wert."

Nach Einschätzung der Hausund Grundbesitzer begebe sich Leverkusen in einen Teufelskreis, wenn immer wieder neue Löcher durch Steuermehreinnahmen gestopft werden sollten. "Denn mehr Steuereinnahmen für die Stadt bringen für die Bewohner andererseits Standortnachteile und befördern unter Umständen dann auch Abwanderungen", meint Winands, der weiterdenkt: Schließlich habe Leverkusen bereits jetzt einen hohen Anteil von Transferleistungsbeziehern (etwa Hartz IV). Und wenn für diese höhere Mieten gezahlt werden müssten, werde der Stadtetat auch stärker belastet.

Eindeutig für die Erhöhung der Grundsteuer B zugunsten der Schulsozialarbeit spricht sich CDU-Fraktionsvorsitzender Thomas Einermacher aus: "Wir wollen die Schulsozialarbeit auf jeden Fall, sie hat für uns Priorität", sagt Eimermacher. Er wisse zwar, dass Leverkusen bei der Grundsteuer B jetzt schon "ziemlich hoch" liege im Vergleich zu anderen Städten. "Wir

## "Wir wollen die Schulsozialarbeit auf jeden Fall, sie hat für uns Priorität"

Thomas Eimermacher, CDU-Chef

müssen aber in den sauren Apfel beißen, auch wenn wir uns bei den Hausbesitzern nicht gerade beliebt machen", sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende, der allerdings in einem Punkt noch Klärungsbedarf anmeldet: Er frage sich, ob es die Bezirksregierung überhaupt gestatten werde, Mehreinnahmen aus einer Steuererhöhung für eine Neuinvestition anstelle des vorgeschrieben Schuldenabbaus der Stadt zu stecken.

Nach Angabe der Bezirksregierung Köln hat die Stadt Leverkusen bei der Kommunalaufsicht angefragt, ob sie Mehreinnahmen aus einer Grundsteuer-B-Erhöhung für die Schulsozialarbeit einsetzen darf. Die Bezirksregierung habe keine Bedenken, hieß es gestern aus Köln auf Nachfrage unserer Zeitung.

Im Zwiespalt befindet sich OPplus-Chef Markus Pott: "Die Steuererhöhung ist ein schleichendes Gift, weil alles, was Leverkusen verteuert, die Bürger und damit den Standort belastet", meint Pott. Andererseits sei die Schulsozialarbeit extrem wichtig. Bürgerlisten-Chef Erhard Schoofs spricht sich gegen die Erhöhung aus und würde die Schulsozialarbeit durch Kürzungen oder Schließung des Museums Morsbroich finanzieren. CDU-Schulexperte Bernhard Marewski befürwortet die Erhöhung - aber nur mit Bindung der Mehreinnahme an die Aufstockung der Schulsozialarbeit. Gleichzeitig solle Leverkusen weiter versuchen, Landeszuschüsse für die Schulsozialarbeit zu bekommen, fordert Marewski.

Dazu will Marewski Ministerpräsidentin Kraft an seinen 2013 an sie gerichteten und bisher unbeantworteten Brief erinnern: "Das Land NRW kann nicht so tun, als ob es die Sache nichts anginge." Schule sei Ländersache. Länder wie Thüringen, Baden-Württemberg und Bayern hätten Sonderprogramme zur Mitfinanzierung von Schulsozialarbeitern aufgelegt. Der Finanzausschuss vertagte das Thema gestern in den Rat am kommenden Montag.